

Gewerbepark: SPD will Fakten

Sozialdemokraten im Rekener Rat wollen ergebnisoffen diskutieren – und eine Bürgerversammlung

REKEN (pd). Zur Entwicklung beim interkommunalen Gewerbegebiet an der A 31 hat Andreas Zander, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion im Gemeinderat Reken, in einer Pressemitteilung folgendes geschrieben.

„Die SPD Reken unterstützt immer die Ansiedlung qualifizierter Arbeitsplätze in Gemeindegrenze.“ Vor mehr als einem Jahr (April 2015) sei – nach dem Gerichtsurteil – versprochen worden: „Noch in diesem Jahr“, so die Bürgermeister der drei Kommunen, „wolle man eine neue Satzung aufstellen und dann auch einen neuen Bebauungsplan“. Diesen gebe es aber bis heute noch nicht, so Zander.

„Unser Vertrauen in die Führung des Zweckverbandes bekommt durch das ständige Hin- und Hergeier immer mehr Risse. Wie verlässlich sind seine Aussagen?“, so der Sozialdemokrat.

Deshalb fordere die sozialdemokratische Fraktion im Rekener Rat, dass alle Fakten für eine qualifizierte Neubewertung der Zukunft des Gewerbegebietes an der A31 benannt werden. Folgende Fragen seien zu klären:

● Was hat die Planung des Gewerbegebietes bisher insge-



Die Autobahnabfahrt Reken: In ihrer Nähe ist das interkommunale Gewerbegebiet geplant. Seit kurzem ist eine Neubewertung des Projekts in der Diskussion. Foto: BZ-Archiv

samt gekostet?

● Wie viele Flächen und welche befinden sich im Eigentum des Zweckverbandes?

● Wie hoch sind die bisherigen Kosten der Erschließung und der Ausgleichsflächen?

● Mit welchen Kosten ist

bis zur Realisierung beim heutigen Stand noch zu rechnen?

Auf dieser Basis, so Andreas Zander, sollte dann ergebnisoffen das weitere Prozedere im angekündigten Treffen der drei Räte (Borken, Reken und Heiden) diskutiert werden. Hierbei seien

auch die Abwicklung des Projektes und deren Auswirkungen neu zu bewerten. Die SPD fordert zudem, dass nach der gemeinsamen Sitzung aller Ratsmitglieder der drei betroffenen Kommunen eine Bürgerversammlung einberufen werde, „damit unsere Bürger allumfassend

informiert werden“. Auch wenn diese Art der Bürgerbeteiligung von CDU und Verwaltung immer als unnötig dargestellt werde, gehöre es für die Sozialdemokraten zum ureigensten Demokratieverständnis, die Bürgerschaft öffentlich zu informieren.